

Lisa Steinmann neue Vorsitzende für die Arbeitsgruppe „kommunales Ehrenamt“



Die Arbeitsgruppe des Ausschusses für Kommunalpolitik „Rahmenbedingungen für das kommunale Ehrenamt weiter verbessern“ hat die Kölner Abgeordnete Lisa Steinmann zu ihrer Vorsitzenden gewählt.

Das kommunale Mandat in NRW stellt weiterhin eine Besonderheit dar und zieht für die Menschen, die kommunalpolitisch Verantwortung übernehmen - die sich hier neben Beruf und Familie ehrenamtlich einsetzen, zunehmend große Herausforderungen nach sich.

Dazu müssen rechtliche Grundlagen überarbeitet und in der Gemeindeordnung, der Kommunalverfassung entsprechend verankert werden. Beispielsweise sollte die Freistellung kommunaler Mandatsträger weiter den

flexibel gewordenen Arbeitszeiten angepasst werden, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessert und die steuerliche Behandlung von Aufwandsentschädigungen und Sitzungsgeldern angeglichen werden.

„Ich freue mich ganz besonders auf diese Arbeit, gerade weil ich aus der Kommunalpolitik komme und nach acht Jahren als Bezirksvertreterin in einer Großstadt wie Köln weiß, welche Herausforderungen vor uns stehen,“ so Lisa Steinmann. In 18 Monaten will die Kommission eine Gesetzesvorlage erarbeiten, die dann dem Landtag zum Beschluss vorgelegt werden soll.



*Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Genossinnen und Genossen,*

Herzlich willkommen zum ersten Bericht aus Düsseldorf im Jahr 2014.

Die erste Plenarwoche war geprägt von intensiven Debatten. Mit dem 10. Schulrechtsänderungsgesetz und der Debatte um die zukünftige Ausrichtung der Hochschulpolitik wurden grundsätzliche positionen der Landesregierung für das neue Jahr vorbereitet.. Die Rot/Grüne Landesregierung arbeitet konsequent weiter an einer guten Bildung für alle.

Wir freuen uns darüber hinaus sehr, dass die Kölner SPD-Landtagsabgeordneten mit Lisa Steinmann nunmehr auch die Sprecherin in der neuen Arbeitsgruppe „Kommunales Ehrenamt“ stellen.

Weiterhin werden wir in den kommenden Wochen mit mehreren weiteren Fraktion vor Ort Veranstaltungen das Thema „Zuhause im Quartier“ ein wichtiges Thema für Köln mit Ihnen diskutieren. Bitte beachten Sie die Ankündigungen in der Freitagspost und den kommenden Ausgaben dieses Newsletters. Für die Abgeordneten:



Fraktion vor Ort in Köln: „Frühe Bildung wird gerechter“ - 100 Mio. € mehr für die Kitas in NRW

Unter Federführung von Ingrid Hack luden die sieben Kölner SPD-Landtagsabgeordneten zu zwei Veranstaltungen ein, in denen über die zweite Reform des Kinderbildungsgesetzes (KiBiz) informiert und diskutiert wurde. Über 100 Gäste, darunter zahlreiche Erzieherinnen, Trägervertreter und Eltern interessierten sich für die aktuell geplanten Gesetzesänderungen. „Leitlinie des Reformvorhabens ist, für mehr Bildungschancen und Bildungsgerechtigkeit zu sorgen“, so Manfred Walhorn, Abteilungsleiter Kinder und Jugend im Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport, der auf Einladung der Abgeordneten die Eckpunkte der Revision präsentierte:

- **Die Verfügungspauschale**

Durch die Pauschale erhalten die Einrichtungen die Möglichkeit in eigener Verantwortung zu entscheiden, wie sie Fachkräfte entlasten können, um mehr Zeit für die pädagogische Arbeit zu haben, z.B. durch Hauswirtschaftskräfte im Rahmen der Mittagsversorgung. Hierfür werden jährlich 55 Millionen landesweit zur Verfügung gestellt.

- **KITA-plus**

Das Land fördert mit 45 Mio. € landesweit zusätzlich Einrichtungen in Stadtteilen mit einem hohen Anteil an bildungsbenachteiligten Familien. So werden ca. 25 % der Einrichtungen im Land zusätzlich 25.000 € pro Jahr für ihre Bildungsarbeit erhalten, das entspricht ca. einer halben Fachkraft-Stelle.

- **Sprachförderung**

Sprachbildung wird in den Mittelpunkt gerückt und die Sprachentwicklung wird von Beginn des Kita-Besuches an gefördert. Die Erzieherinnen und Erzieher werden die Sprachfähigkeit im alltäglichen Zusammensein ermitteln und daran kindgerechte Förderung ausrichten. Für Kita-Kinder wird das derzeit geltende Delfin4-Verfahren 2014 zum letzten Mal stattfinden.

Neben Manfred Walhorn und Ingrid Hack diskutierten auch Dr. Agnes Klein, Dezernentin für Bildung, Jugend und Sport, und Dr. Ralf Heinen, Vorsitzender des Jugendhilfeausschusses (SPD) über die geplanten Verbesserungen und beantworteten Fragen. Zur Sprache kamen u.a. die Gruppengröße in den Kitas – die nicht verändert werden soll -, und die grundsätzliche Finanzierungsproblematik in der Frühen Bildung.

„Wir wissen, dass wir mit dieser Revision des KiBiz nicht alle Problemlagen lösen, aber wir sind überzeugt, dass wir auf dem richtigen Weg sind, um frühkindliche Bildung zu verbessern und den Bildungsort Kita zu stärken“, so Ingrid Hack. Dr. Agnes Klein teilte diese Auffassung: „Wir freuen uns über die geplanten zusätzlichen Landesmittel. Gerade das Programm KITApus wird in Köln positiv wirken. Da das Kriterium für diese Förderung die Zahl der Kinder in Familien, die im SGB II-Bezug leben, ist und die zusätzlichen Beträge vom Jugendamt vergeben werden, können wir gezielt fördern, wo es nötig ist. Wir können beispielsweise auch regelmäßigen Informationsaustausch sichern oder gemeinsame Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen und Veranstaltungen im Sozialraum ermöglichen. Ich bin überzeugt, dass als positiver Nebeneffekt die zunehmende Vernetzung aller an der Frühen Bildung Beteiligten in den definierten Sozialräumen erreicht werden kann.“

Positiv aufgenommen wurden vom Publikum auch die vorgeschlagenen Verbesserungen beim Anmeldeverfahren und die Intensivierung der seit 2011 gesetzlich verankerten Elternmitwirkung, u.a. durch die in Zukunft mögliche beratende Teilnahme des Jugendamtselternbeirats an den Sitzungen des Jugendhilfeausschusses. Dr. Ralf Heinen: „Auch hier erhoffen wir uns durch die Beteiligung der Eltern einen frühzeitigen Austausch und Interessenausgleich zwischen Eltern, Beschäftigten, den Trägern, der Verwaltung und der kommunalen Politik.“

Demokratie verteidigen im digitalen Zeitalter –

Aufruf der Schriftsteller anerkennen

Mit ein paar Maus-Klicks können unsere Gespräche am Mobiltelefon abgehört, unsere E-Mails gelesen oder unsere besuchten Internet-Seiten ausgespäht werden.

Darüber hinaus ist es zudem möglich, über das Internet unsere politischen Überzeugungen oder privaten Aktivitäten zu verfolgen und diese dann kommerziellen Anbietern zur Verfügung zu stellen.

All das geschieht ohne unsere Einwilligung – ohne dass wir Kenntnis gesetzt werden.

Wir sind diesen Gegebenheiten hilflos ausgeliefert.

Ist das die neue Form von Demokratie - die Unverletzlichkeit des Individuums im digitalen Zeitalter?

Alle Menschen haben ein Recht, in ihren Gedanken und Privaträumen, in ihren Briefen und Gesprächen frei und unbeobachtet zu bleiben.

Dieses existentielle Menschenrecht wird nicht mehr beachtet, da Staaten und Konzerne die technologischen Entwicklungen zum Zwecke der Überwachung massiv missbrauchen.

Aus diesem Grund fordern wir zusammen mit den Fraktionen Bündnis90/Die Grünen und den Piraten, den Aufruf von 560 Schriftstellern aus 83 Ländern anzuerkennen und auf allen politischen Ebenen alle geeignete Maßnahmen zu ergreifen, die im Sinne des Aufrufs gegen eine demokratiegefährdende Überwachung vorgehen und die Grundschutzrechte garantieren.

Öffentlich-rechtliches Telemedienangebot für Beitragszahlerinnen und –zahler verbessern (Abschaffung der 7-Tage-Frist)

7 Tage lang – so viel Zeit bleibt bisher, um die Inhalte der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten im Internet abzurufen. Nach dieser Frist werden sie aus der Mediathek entfernt.

Für viele Nutzer und Nutzerinnen ist dies unverständlich. Die Inhalte des öffentlichen Rundfunks wurden von den Beitragszahlerinnen und Beitragszahlern finanziert und müssen dementsprechend für die Allgemeinheit jederzeit und überall abrufbar sein. Somit fordern wir zusammen mit der Fraktion der Grünen, die Abschaffung der sogenannten „7 Tage-Frist“ und wollen hiermit gleichzeitig das öffentlich-rechtliche Internet-Angebot durch längere Abrufbarkeit erheblich attraktiver machen.

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist und bleibt eine unverzichtbare Säule unserer Medienordnung. Die Gefahr einer gebührenfinanzierten Wettbewerbsverzerrung gegenüber privaten Anbietern von Presse- und Mediendiensten durch eine Neuregelung, sehen wir als nicht gegeben.

Überarbeitet: Neue Angebote der Berufskollegs

Der nordrhein-westfälische Landtag will die Bildungsangebote an den Berufskollegs weiterentwickeln. Vor allem Jugendliche mit besonderem Förderbedarf sollen darin unterstützt werden, schnellstmöglich ausbildungsfähig zu werden. Das neue Gesetz soll so Warteschleifen bei Jugendlichen abbauen, die einen Ausbildungsplatz suchen.

Zugleich sollen mit Blick auf den Strukturwandel, die demografische Entwicklung und den zukünftigen Fachkräftebedarf gemeinsam mit den Schulen Bildungsangebote entwickelt werden, die sich am Bedarf und den Interessen der Schülerinnen und Schüler sowie der ausbildenden Betriebe orientieren. Auf den demografischen Wandel soll mit fachklassen- oder jahrgangsübergreifenden Kursen reagiert werden.

Der Gesetzentwurf wird heute von den Fraktionen der SPD, CDU und Grünen eingebracht sowie in Teilen von den Piraten und der FDP-Fraktion unterstützt. Damit könnte der neue Gesetzentwurf an den nordrhein-westfälischen Schulkonsens anknüpfen.

Fußball vor Gewalt schützen

Zwischen randalierenden Straftätern und fußballbegeisterten Fans zu differenzieren ist aus Sicht der Mehrheitsfraktionen im Düsseldorfer Landtag wichtige Voraussetzung, um bestehende Sicherheitskonzepte beim Fußball erfolgreich umsetzen zu können. Zum wiederholten Male beschäftigte sich der Landtag in der vergangenen Woche mit dem Thema Gewalt im Zusammenhang mit Fußballspielen.

Gewalttätige Ausschreitungen wie zuletzt die Massenschlägerei am Kölner Rudolfplatz vor dem Testspiel des 1. FC Köln gegen Schalke 04, bei der ein Mann lebensgefährlich verletzt wurde, waren Auslöser einer neuerlichen Debatte, in der FDP und CDU Innenminister Ralf Jäger und der Polizei Konzept- und Tatenlosigkeit vorwarfen. Für die SPD-Fraktion erklärte Innen- und Sportpolitiker Andreas Kossiski, weshalb die FDP- und CDU-Kritik populistische Stimmungsmache sei, die dem Problem nicht gerecht werde.

Rede: [Rede im Landtag am 29.01.2014 im Wortlaut](#)

Weiterlesen: [PM Massenschlägerei auf dem Rudolfplatz](#)

Polizeipräsidentinnen und –präsidenten behalten ihren Status

Ein Gesetzentwurf der FDP mit dem irreführenden Titel „Entpolitisierung der Polizei“ stand auf der Tagesordnung der 48. Sitzung des Landtags am 29.01.2014. Damit sollte § 37 des Landesbeamtengesetzes geändert werden, damit die Landesregierung künftig nicht mehr Polizeipräsidenten in den einstweiligen Ruhestand versetzen kann. Weshalb diese Forderung nicht auch für Landräte erhoben wurde, die in den Landkreisen gleichzeitig Leiter der Kreispolizeibehörden sind, vermochte die FDP in der Debatte zur 2. Lesung allerdings nicht zu beantworten. Abgeordnete von SPD und Bündnis 90/Die Grünen verwahrten sich ebenso wie Innenminister Ralf Jäger dem Vorwurf der Opposition, die Polizei müsse entpolitisiert werden. Vielmehr hoben sie die verantwortungsvolle Rolle der nordrhein-westfälischen Polizei hervor, die sich ausschließlich an Recht und Gesetz orientiere. Dies gelte auch für die Behördenleiter.

Zu einem Eigentor geriet der gescheiterte Gesetzentwurf auch dadurch, dass, wie Ralf Jäger in Erinnerung brachte, der letzte Polizeipräsident zu Zeiten der schwarz-gelben Landesregierung vorzeitig in den Ruhestand versetzt wurde. In einer zuvor bereits abgehaltenen Sachverständigenanhörung des Innenausschusses hatte bereits die überwiegende Mehrheit der Experten keine Notwendigkeit in einer Gesetzesänderung gesehen.

Überarbeitet: Neue Angebote der Berufskollegs

Der nordrhein-westfälische Landtag will die Bildungsangebote an den Berufskollegs weiterentwickeln. Vor allem Jugendliche mit besonderem Förderbedarf sollen darin unterstützt werden, schnellstmöglich ausbildungsfähig zu werden. Das neue Gesetz soll so Warteschleifen bei Jugendlichen abbauen, die einen Ausbildungsplatz suchen.

Zugleich sollen mit Blick auf den Strukturwandel, die demografische Entwicklung und den zukünftigen Fachkräftebedarf gemeinsam mit den Schulen Bildungsangebote entwickelt werden, die sich am Bedarf und den Interessen der Schülerinnen und Schüler sowie der ausbildenden Betriebe orientieren. Auf den demografischen Wandel soll mit fachklassen- oder jahrgangsübergreifenden Kursen reagiert werden.

Der Gesetzentwurf wird heute von den Fraktionen der SPD, CDU und Grünen eingebracht sowie in Teilen von den Piraten und der FDP-Fraktion unterstützt. Damit könnte der neue Gesetzentwurf an den nordrhein-westfälischen Schulkonsens anknüpfen.

Die Kölner SPD Landtagsabgeordneten - Wer ist zuständig für welche Fragen?

Falls Sie einmal eine weitergehende Frage haben sollten, wenden Sie sich gerne an unsere Abgeordneten persönlich. Bei allgemeinen Fragen wenden Sie sich bitte an das Gemeinschaftsbüro der Landtagsabgeordneten in der Magnusstraße 18b unter 0221- 99 55 99 74 oder per Mail an unsere Mitarbeiter Sascha Solbach (sascha.solbach@landtag.nrw.de) oder Judith Silbernagel (judith.silbernagel@landtag.nrw.de)

Martin Börschel:

Haushalts- und Finanzausschuss und Hauptausschuss

Mail: martin.boerschel@landtag.nrw.de

Stephan Gatter:

Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Mail: stephan.gatter@landtag.nrw.de

Ingrid Hack:

Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend und stv. Vorsitzende des Integrationsausschuss - darüber hinaus ordentliches Mitglied im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss für Bauvorhaben unter Leitung des Bau- und Liegenschaftsbetriebes NRW

Mail: ingrid.hack@landtag.nrw.de

Gabriele Hammelrath:

Ausschuss für Innovation, Wissenschaft und Forschung und Ausschuss für Schule und Weiterbildung

Mail: gabriele.hammelrath@landtag.nrw.de

Andreas Kossiski:

Stv. Vorsitzender Innenausschuss und Mitglied des Sportausschusses

Mail: andreas.kossiski@landtag.nrw.de

Jochen Ott:

Stv. Vorsitzender der Fraktion und dort zuständig für den Ausschuss für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr sowie für den Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Mail: jochen.ott@landtag.nrw.de

Lisa Steinmann:

Ausschuss für Kommunalpolitik und Ausschuss für Medien und Kultur

Mail: lisa.steinmann@landtag.nrw.de